

Guatemala Stadt – Ende Oktober

Notizen eines deutschen Anwalts

in Guatemala (84)

Im Juni nächsten Jahres finden auf allen Ebenen Wahlen statt; zwei Monate später kommt es dann voraussichtlich zur zweiten Runde um die Präsidentschaft. Könnten sie ein Bruchpunkt werden für den Status Quo? Welches sind die möglichen Szenarien? Gibt es eine Chance für eine demokratische Front gegen die kriminellen Allianzen in Staat und Regierung?

Der Blick über den nationalen Tellerrand unterstreicht die Wichtigkeit dieser Wahlen für das regionale Kräfteparallelogramm. In Salvador konsolidiert sich der autoritäre Staat, in Nicaragua ist die Diktatur längst Alltag. Mexikos Präsidentschaft steht wegen der enthüllten Dokumente zur Bespitzelung von Opposition und sozialen AktivistInnen durch das Militär¹ unter Druck, während Länder wie Kolumbien, Honduras, Chile und jetzt auch wieder Brasilien versuchen, jenem toxischen Cocktail², der Macht und Herrschaft zu garantieren scheint, etwas entgegenzusetzen. Quo Vadis, Guatemala?

Die erste Frage zu den Wahlen 2023 ist die nach der Möglichkeit von Wahlbetrug. Bildet er ein realistisches Szenarium? Auch ohne ihn scheinen sie doch alles in der Hand zu haben.

Wahlbetrug war während des Krieges eine ständige Ressource. Wahlen wurden abgehalten, endeten aber entweder mit Wahlbetrug wie

1974, 78 und 82 oder mit einem Militärputsch... oder mit beiden; dazu kamen systematische Morde möglicher demokratischer Alternativen. Das hat Spuren hinterlassen im kollektiven Gedächtnis; auch heute ist Wahlbetrug eine reale Größe in der gesellschaftlichen Vorstellung, zumal es kein Vertrauen in das System gibt. Er ist eine ständige Drohung, die sich zudem bestens zur Verunsicherung derjenigen einsetzen lässt, die ihr Schicksal mit der Wahl eigentlich in die Hand nehmen sollten. Er ist ein vielseitiges Instrument der Manipulation, die lange vor den Wahlen beginnt und nicht nur für den Betrug an der eigentlichen Stimmabgabe steht.

Wir stehen heute vor mindestens zwei Szenarien. Im ersten führt die Kooptation des Systems und die Korrumpierung auch der letzten seiner demokratischen Zuckungen dazu, dass KandidatInnen und Parteien, die als Gegner oder Feinde betrachtet werden, schlicht ausgeschlossen werden können. Es gibt vier Institutionen, die über die Transparenz von Wahlen wachen und ihre Legitimität schützen sollten: Das oberste Wahlgericht (TSE), der Rechnungsprüfungshof³ (CdC), die Staatsanwaltschaft (MP) und die „ordentlichen“ Gerichte. Noch läuft der Auswahlprozess des Chefs der CdC, aber sie werden wohl alle vier Ebenen kontrollieren und es könnte Wahlen geben, die begrenzt sind auf die KandidatInnen des Paktes; oppositionelle KandidatInnen könnten nach Belieben ausgeschlossen werden. Dazu bleibt der Betrug an der Stimmabgabe eine

¹ Es geht um den Kauf und Einsatz von Spionagesoftware gegen die Zivilgesellschaft. Während der Regierung von Peña Nieto kaufte Mexiko Pegasus von den israelischen Entwicklern; López Obrador garantierte 2019, dass seine Regierung diese weder benutzen noch aktualisieren würde. 2022 schloss er das erneut vollständig aus. Tatsache ist aber wohl, dass sein Verteidigungsministerium sowohl Verträge zu seiner Aktualisierung abschloss als auch AktivistInnen und JournalistInnen noch 2022 bespitzelte.

² Die Zusammensetzung des Mixes variiert von Land zu Land, aber Elemente wie Ausverkauf der nationalen Ressourcen, Korruption, Rassismus, Repression, religiöser Fundamentalismus, nationalistischer Diskurs und braune Ideologien sind in i.d.R. dabei.

³ Um seine Ernennung wird gerade gestritten. Er entscheidet über die Zulassung einzelner KandidatInnen, weil er bestimmt, wer noch offene Rechnung mit der öffentlichen Hand hat, also z.B. nach einem vorherigen Mandat nicht entlastet wurde.

reale Option, sollte nicht alles funktionieren wie geplant.

Dies wäre das schwärzeste aller Szenarien und natürlich ist es möglich, dass Grauzonen zugelassen werden oder sich unter der Hand entwickeln. Der Pakt selbst könnten Interesse daran haben, nicht zu radikal zu sein, auch um internationale Reaktionen zu vermeiden.

Aber machen wir uns nicht vor. Sie werden nichts erlauben, was sie nicht selbst kontrollieren... auch wenn das Konsequenzen haben sollte. Sie haben zwar die Kontrolle, sind sich ihrer Sache aber nicht wirklich sicher, zumal die aktuelle Lage soziale Spannungen dramatisieren könnte; wo Hoffnung stirbt, wächst nicht nur die Migration. Dazu könnten wieder internationale Sanktionen ins Gespräch kommen und drohen, ihren Geldfluss zu stören. Trotz allem nationalistischen Unabhängigkeitsgetöse wollen sie das sicher nicht.

Der Gegenpol zu diesem Szenarium ist hoffnungsvoller, wenn auch vielleicht nicht realistischer. Hier würde die kritische Masse in der Gesellschaft, vielleicht zusammen mit präventiven Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft, diese restriktive Option und den Wahlbetrug verhindern. Honduras hat das geschafft. Wenn aber eine ergebnisoffene, transparente Wahl geschafft werden soll, braucht es eine Alternative, die um die Aufrechterhaltung der Demokratie und gegen die Diktatur kämpft **und** der positive Ergebnisse auch zugetraut werden.

Darum müsste aber auf allen Ebenen gerungen werden und die RepräsentantInnen des Paktes dort gestellt werden, wo sie Stimmen holen wollen. 2015, nach dem Rücktritt von Pérez Molina, standen wir kurz vor einer solchen Dynamik. Die Forderung „En estas condiciones, no queremos elecciones“ war stark, aber nicht stark genug⁴; der CACIF wurde von der Stärke der Bewegung überrascht, erholte sich aber wieder und setzte die Wahlen durch. Ohne dass ein Teil der Eliten solche Forderungen unterstützt oder sie zumindest zulässt, geht in der Regel nichts.

Wie gesagt, zwischen beiden Extremen gibt es Grauzonen, nur sind die meisten eher dunkel- als hellgrau. Es gibt heute die Führungspersönlichkeiten nicht, um die sich eine Bewegung sammeln kann, um der Diktatur die Forderung nach Freiheit entgegengehalten. Früher waren das Leute wie Fuentes Mohr, Fito Mijanos oder Colom Argueta, aber die Vorgänger des Paktes haben sie systematisch verfolgt und getötet. Dazu kommt, dass es kaum aufgeklärte Rechte gibt, die Distanz zum Pakt halten und demokratische Mindestregeln verteidigen. Es ist zu viel illegales Geld im Umlauf und die Versuchung der Teilhabe ist zu groß. Der Versuch, mit der CNE⁵ eine Alternative zum CACIF aufzubauen, lebt zwar noch, aber die Regierung wusste sie zu schwächen.

Selbstverständlich gibt es die kritische Masse; die kämpfenden Bauern und Bäuerinnen, die StudentInnen, unabhängige DozentInnen genauso wie wichtige Zusammenschlüsse der indigenen Bewegung; es gibt auch Abgeordnete,

⁴ Wir wollen erst Wahlen, wenn die Reformen dafür durchgeführt wurden! war der Sinn dieses Slogans. Sie schafften es dann doch, die Wahlen durchzusetzen und die Reformen zu verschieben. Das schwächte die Bewegung langfristig; sie konnte den Moment nicht nutzen. Die Reformen blieben dann Stückwerk.

⁵ CNE bedeutet nationaler Unternehmerrat. Hier sind kleine und mittlere Unternehmen vertreten, die Nein zur Korruption sagen. Die Aufnahme der großen Kooperativen und deren

Koordinationen hatten auf eine Stärkung dieses Versuches hoffen lassen, aber Giammattei, zusammen mit den Banken, drohte ihnen mit Konsequenzen; 2022 stiegen sie wieder aus. Aktuell legt die Fraktion von SEMILLA im Kongress eine Initiative vor, die beabsichtigt, die automatische Teilnahme des CACIFS in ca. 50 öffentlichen Instanzen zu begrenzen. Das ist sehr guter Ansatz, der aber angesichts der Kräfteverhältnisse eher zum Scheitern verurteilt ist.

die im Kongress nicht mit Giammattei und dem Pakt stimmen... auch unter den neuen Parteien, die jetzt wieder wie Pilze aus der Erde schießen, mag es die eine oder andere geben, die erst einmal nicht Teil des Paktes sein will. Und es gibt sie, die Menschen, die einer realistischen Alternative ihre Stimme geben würde.

Um uns aber dem zweiten, hoffnungsvolleren Szenarium anzunähern, müssen diese Gruppen eine gemeinsame Identität als Opposition aufbauen und sich vor allem auf gemeinsame Ziele einigen. Eigentlich sollte das leicht sein; wenn wir wirklich gegenüber der dramatischen Option von Diktatur und Wahlbetrug stehen, sollte es im Interesse aller sein, sich dagegen zusammen zu tun. Ist es aber nicht; Vergangenheit und Gegenwart zeigen es immer wieder.

Seit Monaten gibt es Diskussionen um eine Allianz der Gegner des Paktes für die Wahlen, nur scheint die eher außerhalb der oppositionellen Parteien stattzufinden. Das Problem solcher Diskussionen ist zudem, dass sie in der Regel kurz vor den Wahlen beginnen und durch deren Logik bestimmt werden. Das begrenzt, statt zu öffnen und endet oft mit dem Geschacher um Listenplätze; auch unter der Linken.

SEMILLA, UNRG und WINAQ⁶ nahmen im Juli an einem öffentlichen Treffen zum Thema teil; MLP und VOS⁷ hatten zugesagt, kamen aber nicht. Die ersten drei sprachen sich für eine nationale Allianz aus, ohne aber auch nur den Hauch eines inhaltlichen Vorschlages zu machen. Der

Eindruck drängte sich auf, dass sie es nicht ernst meinten. CODECA erklärte später, dass sie keine Allianz suche, da ihre Forderungen ohnehin die Grundlage für alle sein müssten. Sie machen weiter wie immer, obwohl jede dieser Parteien noch ihren Status verlieren und ausgeschlossen werden könnte.

Am 3.10. stach dann ein neuer Akteur in dieses Wespennest. Verschiedene Personen, die schon länger das „Was tun?“ diskutierten, schlugen öffentlich vor, die „Bewegung des nationalen gewaltfreien Widerstandes“ zu schaffen. Sprecher ist Kardinal Ramazzini, der seitdem nicht ruht, die Ungerechtigkeiten des Systems und die Verantwortlichen der aktuellen Katastrophe zu benennen. Er hat in der Vergangenheit oft den Finger in Wunden gelegt und stand auf der Seite der unterdrückten Landbevölkerung, aber in manchen Momenten hat er auch zu Zweifeln Anlass gegeben.⁸ Er mag sich in der Tradition von Bischof Tutu sehen, oder von Martin Luther King und Ghandi; vielleicht kokettiert er auch mit diesen Bildern, aber er hat ohne Zweifel den Ernst der Stunde erkannt und geht ein hohes Risiko ein. Es bleibt zu wünschen, dass dieser Versuch, gerade auch weil er nicht nur mit Blick auf die Wahlen gemacht wurde, Schule auch zu den Wahlen macht.

Miguel Mörth

⁶ Mittlerweile haben WINAQ und UNRG, die auch vorher schon gemeinsam kandidiert haben, eine Allianz angekündigt. Die Erfahrung spricht leider für eine nur marginale Beteiligung.

⁷ MLP steht für CODECA, eine rel. große Organisation aus dem Landesinneren. Wichtigste Forderungen: eine verfassungsgebende Versammlung für einen pluri-nationalen Staat und die Verstaatlichung der Stromversorgung. VOS vereinigt u.a.

ehemalige UNE-Abgeordnete und versucht die Stimmen auf dem Land zu mobilisieren, die sich sozial-demokratisch orientieren.

⁸ 2018 sprach er sich völlig unnötigerweise für den ehemaligen Innenminister Viemann aus, als der wieder beschuldigt wurde, mit Giammattei an der Ermordung von 7 Häftlingen beteiligt gewesen zu sein. Viele vermuten, dass dieser überraschende Einsatz Ramazzinis der Tatsache geschuldet war, dass beide aus ähnlichen sozialen Kreisen stammen.